Empfehlungen der Fernleitungsnetzbetreiber für die nächste Bundesregierung

Die Fernleitungsnetzbetreiber begrüßen sehr den Willen der künftigen Koalitionäre aus CDU/CSU und SPD, die finanziellen Voraussetzungen für den Ausbau der Infrastruktur in Deutschland zu schaffen. Neben der Infrastruktur für Strom ist die Gasinfrastruktur (Erdgas und Wasserstoff) die zweite wichtige Säule einer sicheren, bezahlbaren und perspektivisch klimaneutralen Energieversorgung.

Eine erfolgreiche Energiewende beruht auf dem effizienten Zusammenspiel der verschiedenen Energiesektoren, Energieträger (Strom, Gas, Wasserstoff) und Wertschöpfungsstufen (Erzeugung, Handel, Vertrieb und Infrastruktur). Dafür sollten diese relevanten Fachbereiche in einem Ministerium gebündelt bleiben und die folgenden Impulse aus der Praxis berücksichtigen:

Kapitalmarktfähige Investitionsbedingungen und marktorientierter Aufbau der Wasserstoff-Transportinfrastruktur

Mit der Errichtung des Wasserstoff-Kernnetzes gehen die Netzbetreiber in Vorleistung und schaffen so die Voraussetzung, dass sich überhaupt ein Wasserstoffmarkt entwickeln kann. In der Hochlaufphase ist die Marktentwicklung von großer Unsicherheit gekennzeichnet. Dies bedeutet für die Netzbetreiber ein nicht unerhebliches Risiko. Damit Investitionen auch über das bisherige Commitment der Netzbetreiber bzw. deren Investoren hinaus möglich werden, muss sich dieses Risiko in den Finanzierungsbedingungen widerspiegeln. Der Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur muss dabei marktorientiert und flexibel erfolgen.

Notwendige Maßnahmen:

- Kapitalmarktfähige Investitionsbedingungen für private Investitionen zum Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur durch wettbewerbsfähige Eigenkapital-Verzinsung ermöglichen
- Absenkung des Selbstbehaltes für die Kernnetzfinanzierung (EnWG-Anpassung)
- Schaffung von rechtlichen Voraussetzungen, um einen flexiblen Aufbau des Kernnetzes und Netzerweiterungen im Einklang mit der Marktentwicklung zu ermöglichen (EnWG-Anpassung)

➔ **Mit dem Wasserstoff-Kernnetz setzt sich Deutschland an die Spitze in Europa. Es soll deutschlandweit die industriellen Zentren verbinden (auch im Süden und Osten). Damit der Ausbau privatwirtschaftlich gelingen kann, schaffen CDU/CSU und SPD kapitalmarktfähige Investitionsbedingungen für den Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur sowie die notwendigen gesetzlichen Regelungen für eine flexible Umsetzung der Kernnetzprojekte im Einklang mit der Marktentwicklung.**

➔ **Zur Vergabe von Eigen- und Fremdkapital bei Investitionen wollen CDU/CSU und SPD im Zusammenspiel von öffentlichen Garantien und privatem Kapital Investitionsfonds auflegen, z.B. für Energieinfrastruktur. Darunter fallen unter anderem die Garantien für das notwendige „de-risking" bei der Finanzierung der H2-Kernnetzerweiterungen.**

Dekarbonisierungsoption Wasserstoff für alle Sektoren verfügbar machen

In der Hochlaufphase wird es notwendig sein, die Kostenlücken beim Einsatz von Wasserstoff zu schließen.

Notwendige Maßnahmen:

- Keine Verbote und Abbau von Hindernissen für den Einsatz von Wasserstoff
- Instrumente zur staatlichen Absicherung entwickeln, um die hohen Investitionen zu ermöglichen
- Preis von klimaneutralem Wasserstoff senken, z.B. durch förderliche Regularien zu RFNBOs im Rahmen der delegierten Rechtsakte zu RED III

➔ **CDU/CSU und SPD unterstützen den Wasserstoff-Markthochlauf und die Wasserstoffinfrastruktur, indem wir die Herstellungskosten für klimaneutralen und kohlenstoffarmen Wasserstoff reduzieren und Anreize für deren Einsatz schaffen.**

Angebotsseite für Wasserstoff unterstützen

Für einen erfolgreichen Markthochlauf ist es entscheidend, dass ausreichend klimaneutraler und kohlenstoffarmer Wasserstoff zur Verfügung steht.

Notwendige Maßnahmen:

- Klares Bekenntnis zu unterschiedlichen Herstellungsverfahren und Quellen von klimaneutralem und kohlenstoffarmen Wasserstoff in der Hochlaufphase (blauer und türkiser Wasserstoff)
- Importstrategie forcieren und Unterstützungsinstrumente wie H2-Global ausbauen
- Ausweitung und ausreichende Budgetierung von Förderinstrumenten wie den Klimaschutzverträgen
- Einführung einer passgenauen Grüngasquote, die gezielt das Inverkehrbringen von Wasserstoff fördert
- Zügiger Aufbau eines EU-weiten Zertifizierungssystems für Wasserstoff, um den grenzüberschreitenden Handel von Wasserstoff zu ermöglichen.

Netzdienlicher Einsatz von Bioenergie

Biomethan kann als Form der Bioenergie einen wichtigen Beitrag zur Dekarbonisierung der Gasversorgung leisten. Dazu muss Biomethan auch weiterhin ein Vorrang gegenüber konventionellen Aufkommensquellen eingeräumt und eine gesamtwirtschaftlich effiziente Integration von Biomethan ins Gassystem sichergestellt werden. Dies erfordert, dass der Gesetzgeber die künftige Rolle von Biomethan im dekarbonisierten Energiesystem klar definiert und damit die Grundlage für notwendige gesetzliche Neuregelungen schafft. Die Einbindung von Biomethan in das Gassystem erfordert außerdem verlässliche Investitionsbedingungen, weshalb zügig Klarheit über das Fortbestehen des aktuellen Umlageregimes geschaffen werden muss.

Notwendige Maßnahmen:

- Weiterführung der Biogasumlage durch gesetzliche Neuregelung sichern

➔ **CDU/CSU und SPD wollen alle Potenziale der Erneuerbaren Energien, wie z.B. der Bioenergie, nutzen und bekennen sich zur Rolle von Biomethan im dekarbonisieren Energiesystem. Dazu führen wir die gesetzlichen Regelungen zur Biogasumlage weiter.**

Wichtige Rolle von Erdgas für die Transformation anerkennen und Versorgungssicherheit gewährleisten

Für die Transformation des Energiesystems und die Dekarbonisierung der deutschen Industrie ist die Umstellung von Erdgas auf Wasserstoff ein zentraler Baustein. Gleichzeitig muss die Gasversorgung noch für viele Jahre sicher gewährleistet bleiben – auch für die Versorgungssicherheit im Strombereich über Gaskraftwerke bei zunehmender Stromerzeugung aus volatilen erneuerbaren Quellen. Dafür sind ein wirtschaftlicher Weiterbetrieb und teilweise ein Ausbau der bestehenden Erdgasinfrastruktur notwendig. Nur mit starken Netzen sichern wir eine klimafreundliche, resiliente und bezahlbare Energieversorgung.

Notwendige Maßnahmen:

- Anreize für den Bau neuer Gaskraftwerke (vgl. 20 GW im Sondierungspapier)
- Schaffung von Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Betrieb und Weiterentwicklung der Gasinfrastruktur

➔ **Erdgas wird in der Transformation ein essenzieller Energieträger sein. CDU/CSU und SPD schaffen die notwendigen Anreize für den Bau ausreichender Gas-Kraftwerkskapazitäten in Deutschland. Um die Versorgungssicherheit mit Erdgas zu gewährleisten, schaffen wir Rahmenbedingungen, die die wirtschaftliche Weiterentwicklung der leistungsfähigen Gasinfrastruktur ermöglichen.**